

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/39

Bonn, den 4. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	Waldemar von Knoeringen	66

Zu seinem 60. Geburtstag

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1a	<u>Selbstzerfleischung</u>	23
----	----------------------------	----

Die "Union" und die Position der Bundesrepublik

2 - 4	<u>Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer</u>	52
-------	---	----

Berufsausbildung - eine öffentliche Aufgabe

Von Harry Liehr, MdB

5 - 6	<u>Schattenboxen in Madrid</u>	75
-------	--------------------------------	----

Um die Nachfolge Francos

Waldemar von Knoeringen

Zu seinem 60. Geburtstag

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Beispiel Waldemar von Knoeringens zeigt, wie sehr die kompromentvolle Hingabe an eine große Aufgabe Elastizität und Begeisterungsfähigkeit der Jugend zu erhalten vermag. Kann man einen Mann zum "Jubiläum" machen, den die Öffentlichkeit zu den vorwärtsstrebenden Kräften seiner Partei zählt, den ein Teil unserer Jugend als einen der ihren betrachtet? Nein, nicht die Lebensjahre machen uns alt.

Der öffentlichen Anteilnahme an seiner Person ist Waldemar von Knoeringen immer aus dem Wege gegangen. Auch vor seinem 60. Geburtstag mochte er kein Aufhebens gemacht wissen. In Brighton vertritt er Deutschland auf dem Jahreskongress der britischen Regierungspartei. Das kann den Vorsitzenden der SPD nicht davon abhalten, einen Mann zu würdigen, dessen Leben seit vierzig Jahren der Politik gehört. Seine Hoffnungen und Enttäuschungen, seine Niederlagen und Erfolge spiegeln nicht nur privates Schicksal. Es war weithin ein gemeinsamer Weg.

Am Anfang dieses Weges stand für ihn als Zwanzigjährigen, daß er sich für die bayerische SPD gegen die Demagogie der politischen Extreme entschied. Die Konsequenzen dieser Entscheidung führten ihn in Verfolgung, Illegalität, dreizehn Jahre Emigration und schließlich zum Neubeginn auf dem Trümmerhaufen des NS-Staates. Waldemar von Knoeringen ist seiner Überzeugung treu geblieben; daß es gilt, das für richtig Bekannte durch den persönlichen Einsatz verwirklichen zu helfen.

Die Überzeugung führte den Siebenundzwanzigjährigen, der noch wenige Tage zuvor auf der letzten öffentlichen SPD-Versammlung in München die Zerstörung Deutschlands durch Hitlers Kriegspolitik vorausgesagt hatte, am 9. März 1933 ins Exil. Im Ausland führte er kompromißlos die Auseinandersetzung mit den Verderbern Deutschlands. Ebenso sehr wandte er sich gegen diejenigen, die zwischen dem Hitler-Regime und dem deutschen Volk keinen Unterschied sehen konnten oder wollten.

Die Überzeugung stellte ihn nach 1945 in die vorderste Linie des Wiederaufbaus der deutschen Demokratie und der Entwicklung der SPD zu einer modernen Volkspartei. Er hat dieser Aufgabe viele Jahre als Landesvorsitzender der bayerischen Sozialdemokraten und während eines wichtigen Zeitabschnitts als stellvertretender Vorsitzender unserer Gesamtpartei gedient.

"Die Zukunft meistern" - dieser Appell, mit dem er, vielen anderen voraus, die Augen der deutschen Öffentlichkeit und damals auch der eigenen Partei auf Existenzfragen einer modernen Industrienation lenkte, bezeichnet das Leitmotiv seines Denkens und Handelns. Viele haben seine Hinweise auf Wissenschaftsförderung und Bildungsplanung zunächst nicht verstanden. Seine Visionen erschienen ihnen zu kühn, seine Pläne zu weit in die Zukunft gedacht. Aber gerade in unserer schnelllebigen Zeit kann die Politik nicht des Vorausdenkens entraten. Waldemar von Knoeringen hat die Fähigkeit, neue Fragen zu stellen, die nicht mit al-

ten Antworten abzutun sind. Diese Fragen geben Anlässe, sich mit den Aufgaben von morgen auseinanderzusetzen.

Sein Name ist mit der Kulturpolitik der SPD ganz eng verbunden. Seit vielen Jahren weist gerade er unermüdlich darauf hin, daß sich auf diesem Felde die großen Entscheidungen der Zukunft anbahnen. Die Entwicklung von Bildung und Wissenschaft in der Bundesrepublik ist inzwischen von den Initiativen mitgeprägt, die er als Abgeordneter des Bundestages und des bayerischen Landtags, als Mitglied unseres Parteivorstandes und unserer Regierungsmannschaft und nicht zuletzt als Vorsitzender des bildungspolitischen Ausschusses der SPD entwickelt und vorangetrieben hat. Er hat zur Errichtung von Wissenschaftsrat und Bildungsrat ebenso fruchtbar beigetragen wie zur Koordination der Kulturpolitik in Bund und Ländern im Sinne ihrer Zusammenarbeit und gegenseitigen Ergänzung. Ihn haben wir auch zu danken für die Begründung einer modernen Auffassung von Föderalismus, den er als Ordnungsprinzip gegen Bedrohungen der Freiheit weit über den deutschen Bereich hinaus versteht. Seine Sorge gilt der Zukunft der Demokratie. Sein Suchen gilt dem Menschen jenseits aller Klischees.

Die SPD weiß es zu schätzen, diesen ideereichen Mann in ihren Reihen zu haben. Als Parteivorsitzender und Freund grüße ich Waldemar von Knering zu seinem 60. Geburtstag in der Gewißheit, daß er seinem Land und seiner Partei noch vieles zu geben hat. Sein Beispiel zeigt uns: Reife muß nicht durch den Verlust von Idealen erkauft werden.

Selbsterfleischung

Die "Union" und die Position der Bundesrepublik

sp - Die Auseinandersetzungen innerhalb der CDU nehmen Formen an, die mit Recht die Frage aufwerfen, ob diese Partei als Regierungspartei aufgrund ihrer inneren Verfassung überhaupt noch in der Lage ist, mit sich selbst ins Reine zu kommen. Zu stark sind die auseinanderstrebenden Kräfte und Strömungen, um noch auf einen Kenner gebracht werden zu können. Der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Ludwig Erhard erweist sich als hochgradiger, das Gefüge dieser Partei erschütternder Sprengstoff. Die Suche nach einem neuen Mann hat schon begonnen und der Kanzleranwärter gibt es viele. Sie selbst liegen untereinander in harter Fehde oder gehen nicht tragfähige Bündnisse ein; sie offerieren eine Außenpolitik, die im Widerspruch steht zur Politik der bestehenden Regierung.

Dem Bürger wird ein beschämendes und bestürzendes Schauspiel geboten. Er sieht, wie eine Partei, die sich seit ihren Bestand so gern mit dem Staat identifizierte, eben durch ihre kaum heilbaren inneren Schwächen den Ansehen unseres Staates großen Schaden zufügt, seine Stellung in der Welt untergräbt und seine Regierung zur Untüchtigkeit verdammt. Die internationale Position der Bundesrepublik leidet unter anhaltendem Wertverlust, ein wahrhaft desolater Zustand, der jeden Bürger zutiefst verbittern muß. Und dies soll noch drei Jahre bis zu den nächsten Bundestagswahlen weitergehen? Wen schaudert nicht davor?

Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer

Berufsausbildung - eine öffentliche Aufgabe

Von Harry Liehr, MdB

"Der Fortschritt der Technik verlangt mehr berufliche Spezialisierung, der Wandel der Wirtschaft, mit dem er verbunden ist, mehr berufliche Anpassungsfähigkeit. Beides zugleich ist nur erreichbar, wenn die Ausbildungsbasis breit genug ist. Sie muß sogar die Grundlage sein für Berufe, die es erst in der Zukunft geben wird." Diese und andere Feststellungen, die im Jahresgutachten (1965) des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nachzuweisen sind, entsprechen der Konzeption, die von einer kleinen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion vor zwei Jahren entwickelt worden ist. Ein entsprechender Gesetzesentwurf konnte nunmehr im Bundestag eingebracht werden.

Der Gesetzestitel verdeutlicht die Tatsache, daß sich die Bemühungen um die gesetzliche Neuordnung heute nicht mehr allein an der überlieferten Berufsausbildung und ihren Eigentümlichkeiten orientieren können. Insoweit sprengt unsere Gesetzeskonzeption alle bis dahin bekanntgewordenen Entwürfe. Uns kam es darauf an, eine gesetzliche Einheit zu finden, die folgende Grundsätze berücksichtigt:

- * 1. Die Weiterentwicklung der "klassischen" Elemente der Berufsausbildung junger Menschen;
- * 2. eine ständige Anpassung an die veränderten Arbeitsplatzbedingungen der Arbeitnehmer überhaupt;
- * 3. die Förderung der beruflichen Fortbildung.

Wir erstreben eine Harmonisierung von Lehre, Anpassung und Fortbildung als einen künftighin das ganze Berufsleben begleitenden Ausbildungsprozeß. Eine unerläßliche Voraussetzung für diese Harmonisierung ist die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung soll beauftragt werden, sich eines in Berlin zu errichtenden Instituts zu bedienen.

Berufsberatung überfordert

Es gehört heute unbestritten zu den wichtigsten Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik, für eine den wirtschaftlichen, technischen, sozialen und beruflichen Verhältnissen und ihren Entwicklungsperspektiven entsprechende Eingliederung jugendlicher Berufsanfänger zu sorgen. Die Berufsberatung, so qualifiziert und bemüht ihre Mitarbeiter auch sein mögen, ist völlig überfordert, solange ihr für die Berufsaufklärung und -beratung nicht möglichst einwandfreie Daten - insbesondere nach Art und Zahl des Nachwuchsbedarfs - zur Verfügung stehen. Leider befindet sich die betriebliche Bedarfsdeckung mit Nachwuchskräften nicht in Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen. Seit Jahren besteht ein geradezu unvermeidbares Maß an beruflichen Fehlleitungen. So hat z.B. ein Nationalökonom festgestellt, daß von ca. 700 000 Schulabgängern d.J. etwa 30 Prozent "einen Beruf ergreifen, für den sie nicht richtig ausgebildet oder nicht genügend vorgebildet sind oder der keine Zukunftschance hat". Nicht minder besorgniserregend ist es, wenn mindestens 40 von 100 Jungen und Mädchen, die ein Ausbildungsverhältnis in Klein- und Kleinstbetrieben eingegangen sind, über kurz oder lang den erlernten Beruf wechseln und in die Industrie abwandern müssen. Wer wollte noch daran zweifeln, daß neben der Bildungsplanung für Universitäten, Hoch- und Fachschulen auch eine Vorausschau für den Bereich der Berufs-

ausbildung als elementarer Bestandteil der modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik dringend erforderlich ist.

Alarmierende Angaben

Die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung als ein Kernstück unseres Entwurfs ist jedoch auch für die erwachsenen Arbeitnehmer von großer Bedeutung. Das internationale Arbeitsamt hat 1963 errechnet, daß etwa 7 bis 8 Millionen Beschäftigte in der Bundesrepublik bis 1970 ihre bisherige Beschäftigung wechseln müssen. In Auftrage des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft ist dagegen errechnet worden, daß bis 1970 "nur jeder vierte Berufstätige seinen Arbeitsplatz oder sogar seinen Beruf wechseln muß. Sind das nicht auch für die Bundesregierung alarmierende Angaben? Ist es nicht so, daß die meisten der Arbeitnehmer sich überhaupt nicht bewußt sind, welche Probleme sie und ihre Familien, aber natürlich auch die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit noch zu bewältigen haben werden? Die Ernsthaftigkeit der Situation wird gegenwärtig stark vernebelt durch die Tatsache, daß wir über eine Million Gastarbeiter in unserem Lande haben; nicht zuletzt aber auch durch den irrigen Glaubenssatz, daß der einmal erlernte Beruf ein Lebensberuf sei (siehe auch Regierungserklärung von Bundeskanzler Erhard: "Unser Berufsausbildungssystem ist mastergültig").

Es ist die Grundidee unseres Entwurfs, die Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern und damit sowohl der Wirtschaft als auch der sozialen Stellung der Arbeitnehmer zu dienen. Dazu gehört auch die Erschließung beruflicher Bildungsmöglichkeiten. Das reicht von der Stufenausbildung über Berufswechsel- und Umschulungshilfen bis zu Fortbildungsmaßnahmen. So soll die zuerst in der Industrie eingeführte qualifizierte Ausbildung in Stufen (für die bis jetzt die gesetzliche Basis fehlt) durch unseren Entwurf zur Regel der Ausbildung erhoben werden. Der Bundesarbeitsminister wird bei der Aufstellung der Berufs- und Ausbildungsordnung im Einzelfall festzustellen haben, ob ein Beruf seinem Ausbildungsinhalt nach besser im Rahmen einer Stufenausbildung erlernt werden kann. Bei dieser Prüfung wird auch ein vernünftiges, von der Gesamtheit der Betriebe erfüllbares Maß äußerer und innerer Anforderungen an den Ausbildungsbetrieb zu fordern sein.

Nicht mit dem Bildungsurlaub identisch

Was die Förderung der Teilnahme an beruflichen Bildungsveranstaltungen anbelangt, so reden wir in diesem Zusammenhang nicht von Bildungsurlaub. Dieser muß - weil viel umfassender - durch ein Sondergesetz geregelt werden, da wir bewußt abgrenzen auf die Teilnahme an beruflichen Bildungsveranstaltungen. Der Entwurf ermöglicht die ganztägige Teilnahme an solchen Veranstaltungen (Kurse, Seminare, Prüfungen etc.), durch einen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit bis zu 10 Werktagen pro Jahr ohne Anrechnung auf den Urlaub. Solche Veranstaltungen sind anzuerkennen wenn ein arbeitsmarktpolitisches Interesse gegeben ist und die Teilnahme durch den Arbeitnehmer nachgewiesen wird. Fehlt es sich dabei um berufliche Bildungsveranstaltungen, die förderungswürdig im Sinne der Vorschriften des Leistungsförderungsgesetzes sind, erhält der Arbeitnehmer aus dem Sondervermögen für berufliche Leistungsförderung des Bundes Lohn- oder Gehaltsausfall erstattet.

Genauso am technischen Fortschritt orientiert ist der Teil unseres Entwurfs, der sich mit der Verhütung von Arbeitslosigkeit oder unterwertige Beschäftigung befaßt. Wenn Betriebsänderungen geplant sind, die dies zur Folge haben können, soll der Arbeitgeber zur unverzüglichen Anzeige beim Arbeitsamt verpflichtet werden. Danach können den Arbeitnehmern

noch während des Bestehens ihres Arbeitsverhältnisses Leistungen gewährt werden, wie sie zur Zeit nur Arbeitslose zur Förderung der Arbeitsvermittlung erhalten können. Es soll erreicht werden, daß die Arbeitsämter - nach Zustimmung der betroffenen Arbeitnehmer - schon zu einem Zeitpunkt berufliche Bildungsmaßnahmen einleiten können, wenn Arbeitslosigkeit zwar noch nicht vorliegt, jedoch der erlernte Beruf oder die bisher überwiegende Tätigkeit voraussichtlich nicht weiter ausgeübt werden kann, bzw. eine entsprechende Vermittlung nach Lage des Arbeitsmarktes nicht gegeben ist. In solchen Fall soll der Arbeitnehmer für die Dauer der Teilnahme unter Fortzahlung von Lohn oder Gehalt von der Arbeit freigestellt werden. Dem Arbeitgeber werden 75 Prozent des von ihm gezahlten Brutto-Arbeitsentgelts vom Arbeitsamt erstattet.

Berufsausbildung - eine öffentliche Aufgabe

Der Entwurf geht von dem Grundsatz aus, daß Berufsausbildung eine öffentliche Aufgabe ist. Deshalb dürfen Prestigegegründe nicht länger vorherrschend sein, wenn es um das Gemeinwohl geht. Die an der Berufsausbildung unmittelbar beteiligten Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentlichen Körperschaften sollen darum künftig gleichberechtigt und zu gleichen Teilen in einem Bundesausschuß und in Länderausschüssen für Berufsausbildung mitwirken. Der Bundesausschuß tritt an die Stelle der bisherigen Einrichtungen, die für die Ordnung der Berufsausbildung zuständig waren. Die Rechtsetzung auf diesem Gebiet erfolgt allerdings durch staatlichen Akt. Der Ausschuß soll beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung errichtet werden, um durch die Harmonisierung des gesamten Ausbildungsprozesses (Lehre - Anpassung - Fortbildung) der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer verantwortungsbewußter entsprechen zu können. Die auf der Ebene der Kammern zu bildenden Bezirksausschüsse, in denen neben der paritätischen Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch Berufsschullehrer vertreten sein sollen, wirken mit bei der Durchführung der den Kammern obliegenden Aufgaben, insbesondere in bezug auf die Durchführung der Berufsausbildung und des Prüfungswesens.

Zusammenspiel der Kräfte gewährleistet

Die Zielsetzung des Entwurfes beschränkt sich prinzipiell auf die Berufsausbildung in der Wirtschaft und erfaßt damit bis zu 96 Prozent aller jungen Menschen in einer Berufsausbildung. Soweit es um solche in der Wirtschaft anerkannten Ausbildungsberufe geht, werden auch die Ausbildungsverhältnisse bei der Bundesbahn und Bundespost einbezogen. Vorrang sehen ist auch die Möglichkeit der Anerkennung, Anrechnung oder Gleichstellung einer Berufsausbildung im außerbetrieblichen Raum, soweit es sich dabei um eine Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen der Wirtschaft oder in Teilen dieser Berufe handelt. Hier geht es u.B. um schulische Einrichtungen und solche der Bundeswehr. Unter Berücksichtigung der Bund-Länder-Kompetenz war es notwendig, den Gesetzentwurf so zu gestalten, daß in bezug auf die Berufsvorbereitung durch die Hauptschule, die Berufsschulen und das Berufsfach- und Fachschulwesen, die ja alle zur Zuständigkeit der Länder gehören, ein Zusammenspiel der Kräfte gewährleistet wird. Es ist zu erwarten, daß die Länder gerade Vertreter dieser Fachrichtungen in den Bundesausschuß für Berufsausbildung entsenden werden.

Bei aller Würdigung der bisherigen Bemühungen um die Berufsausbildung - für die wir allen Beteiligten Dank schulden - ist nicht zu übersehen, daß sie stärker traditionell als perspektivisch angelegt ist. Hier muß es zu einem Umbruch kommen, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit bestehen wollen.

Schattenboxen in Madrid

Um die Nachfolge Francos

D-1 - Während sich Spaniens Zeitungen in Anfragen über die politische Zukunft Spaniens, ob Monarchie oder Republik, gegenseitig mit Prognosen und Polemiken überbieten, hat das Tauziehen um die Franco-Nachfolge im Schoße des spanischen Kabinetts vorerst einmal mit einem klaren Patt geendet. Wider allen Erwartungen, so schrieb die Syndikatszeitung "Pueblo", sei in der letzten Kabinetts-Sitzung über die "politische und verfassungsmäßige Ordnung" keine Entscheidung gefallen. Stattdessen beschloß die Regierung, den Sparzins zu erhöhen, die Verbraucherpreise zu stabilisieren, die Staatsausgaben im laufenden Haushaltsjahr um sechs Milliarden Peseten - etwa 420 Mio. DM - zu vermindern und die Gewinnmargen einzuzengen.

Diese Maßnahmen, so nötig sie auch sind und so überfällig sie auch waren, kommen zeitgerecht, um der Gefahr einer Abwertung der Peseta vorzubeugen. Ungelöst hingegen blieben die politischen Fragen, die für jene Zeit anstehen, zu der Franco nicht mehr die Macht ausüben wird. In politischen Kreisen der spanischen Hauptstadt wird unterstrichen, die Verfassungsänderung sei deshalb nicht beschlossen worden, weil das Tauziehen zwischen den Fortschrittlern und den "harten Traditionalisten" noch immer unentschieden sei. Die "Tauben", wie die "Fortschrittler" in Anlehnung an Washingtoner Vorbilder genannt werden, dürfen als ihren Anführer den 43-jährigen Informationsminister Manuel Fraga-Iribarne ansehen, während sein über 20 Jahre älterer Kollege des Innenressorts, der den "Opus Dei" nahestehende General Camilo Alonso-Vega, als Wortführer der "Falcken", d.h. der "harten Traditionalisten" gilt. Beide Seiten konnten sich nicht einig werden über die wichtigsten Passagen des "organischen Gesetzes", das für die Übergangszeit und die Ära nach Franco die Rolle einer spanischen Verfassung spielen soll. Wie aus Regierungskreisen zuverlässig verlautet, ist der Gesetzentwurf, der im Frühjahr begonnen wurde, vor etwa vier Wochen fertiggestellt und den Kabinettsmitgliedern nach einigen von Franco vorgenommenen Änderungen zur Stellungnahme unterbreitet worden. Der Gesetzentwurf wurde von einem Komitee von vier Ministern ausgearbeitet.

Die Vertagung der Kabinettsentscheidung fällt zeitlich zusammen mit Francos 30-jährigen offiziellen Staatschef-Jubiläum. Franco wird am 4. Dezember 74 Jahre alt. Obwohl er sich guter Gesundheit erfreut, ist er seit langen bemüht, für den Fall seines Todes oder seiner Amtsun-

higkeit ein entsprechendes Gesetzes-Gerüst zu errichten, das die Kontinuität des spanischen Staatswesens sicherstellt. Doch schon hier beginnen sich innerhalb des Regimes die Geister zu scheiden: die "Falcken" wollen ins Spanien der Zukunft möglichst viele Bestandteile des gegenwärtigen autoritären Systems hinüberretten, während die "Tauben" sich dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung beugen und wenigstens ein Mindestmaß an Demokratisierung wünschen, das der voranschreitenden Industrialisierung angepaßt ist. Denn es ist eine Tatsache, daß die politische Liberalisierung mit der wirtschaftlichen Liberalisierung nicht Schritt gehalten hat.

Die beiden wichtigsten Zankäpfel der spanischer Innenpolitik - die sich bis in die höchsten Spitzen der Regierung bemerkbar machen - sind: das Schicksal der unpopulären Monarchie und die Zukunft der Falange, die seit dem Ende des Bürgerkrieges im Jahre 1939 auf spanischer Boden die einzige gesetzliche politische Organisation bildet. Das 1947 durch ein Referendum - es ist bis auf den heutigen Tag unstritten - zustandekommene "Nachfolge-Gesetz" erklärte Spanien zur Monarchie und sah vor, eine Person "königlichen Geblüts" zu Francos Nachfolger zu machen.

Das neue "organische Gesetz" mit verfassungsänderndem Charakter soll im November vor das Ständeparlament (Cortes) kommen und im kommenden Februar einem neuen Referendum unterworfen werden. Wenn dieses Referendum ohne Zwang und wie freie Wahlen nach westlichem Muster über die Bühne geht - und alle Anzeichen sprechen dafür, daß dies der Fall sein wird -, dann geben politische Beobachter der Monarchie keine große Überlebenschance. Hatte es zuerst geheißt, bereits im November werde Franco den Informationsminister Fraga-Iribarne zum Regierungschef ernennen, so ist dieser Zeitpunkt auf "frühestens März 1967" vertagt worden. Da der gegenwärtige "Vizepräsident der Regierung," der mittlerweile 70-jährige ehemalige Kommandeur der "Blauen Division," General Agustin Munoz-Grandes, kaum mehr für ein solches Amt in Frage kommen dürfte, so könnte dies bedeuten, daß sich letzten Endes doch noch die "Tauben" über die "Falcken" durchsetzen. Munoz-Grandes gilt ebenso wie Alonso-Vega als "Falcke", - damit sitzen beide in einem Boot mit dem rechten Flügel des einflußreichen katholischen Laienordens "Opus Dei", der sich der Ministerpräsidentenschaft eines Fraga-Iribarne mit allen Mitteln widersetzt.

Analog zu diesen Tendenzen, das in mancher Phase wie ein Schattenboxen aussieht, fördert eine Gruppe namhafter Rechtsanwälte die Liberalisierung des politischen Strafrechts. Die "Chrenbläser der Abendkatholischen Akademie", die sich jeder Auflockerung in Spanien widersetzen, finden selbst in den Reihen der Regierungsspitze kein Gehör mehr. Trotz aller Rückschläge arbeitet in Spanien die Zeit für die Liberalisierung